

Rede von Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der Jahrestagung des dbb am 10. Januar 2016, „Alter Wartesaal“

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Russ,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen hier im „Alten Wartesaal“ in Köln! Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Glück und vor allem Gesundheit.

Auch 2016 wird für uns als Kommunen große Herausforderungen bereithalten. Die Entwicklung der Flüchtlingssituation insbesondere in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hat deutlich gemacht: Auch zukünftig werden Geflüchtete in großer Zahl bei uns Schutz und Zuflucht suchen, auch zukünftig werden wir als Stadtverwaltung und Gesellschaft gefragt sein, diese Menschen in unsere Mitte aufzunehmen.

Die Unterbringung und Integration der Geflüchteten ist eine „Querschnittsaufgabe“, an der viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zahlreichen Ämtern der Verwaltung beteiligt sind. Oder vielleicht sollten wir uns eher die Frage stellen: Welche Ämter sind hieran eigentlich nicht beteiligt?

Einige Aufgabenschwerpunkte möchte ich kurz ansprechen:

- Unser Wohnungsamt kümmert sich um die Unterbringung der Geflüchteten in städtischen Wohneinrichtungen und die dortige soziale Betreuung – vielfach mit Hilfe von Betreuungsträgern, wie zum Beispiel dem Deutschen Roten Kreuz. Zu der sozialen Betreuung gehört auch die Vernetzung der sozialen Angebote für die Geflüchteten. Hier ist die große Herausforderung, schnell genügend Plätze für die Unterbringung bereitzustellen.

- Unser Amt für Kinder, Jugend und Familie betreut die Kinder- und Jugendhilfe, ist verantwortlich für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer und kümmert sich um die Aufnahme der Kinder der Geflüchteten in den Kindertageseinrichtungen. Wir sind hier vor die große Herausforderung gestellt, die benötigten Plätze in den Kitas schnellstmöglich anzubieten. Denn nur so erhalten die Kinder ein wichtiges Fundament für die Integration in unsere Gesellschaft.
- Unser Amt für Schulentwicklung kümmert sich unter anderem um die Sprache und Bildung der Geflüchteten und die Zuweisung der schulpflichtigen Kinder aus Flüchtlingsfamilien in die Quereinsteigerklassen des Schulsystems. Dass auch hier ständig weitere Klassen geschaffen und Räume und Lehrpersonal gefunden werden müssen, ist für die Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich eine große Aufgabe.
- Zum Ordnungsamt gehört der Bereich „Asyl- und Ausländerrecht“ mit allen hierbei anfallenden Arbeiten: vor allem im Asylverfahren und bei der Entscheidung über den ausländerrechtlichen Status – von der Aufenthaltsgenehmigung bis hin zur Abschiebung. Hier wirkt sich die große Zahl der Geflüchteten natürlich ganz besonders aus.
- Unsere Kämmerei kümmert sich um die Finanzierung aller Aufgaben, welche die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von der Geflüchteten erledigen muss.
- Unsere Gebäudewirtschaft ist beteiligt am Neubau oder Umbau von Unterkünften für die Geflüchteten, und
- unser Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster leistet seinen Beitrag, indem die hierfür benötigten Flächen aus städtischem Besitz bereitgestellt oder von Privateigentümern angekauft werden.

Die Stadt Köln hat vor etwa 2 Jahren eine „Task Force“ eingerichtet als wichtiges Instrument, um schnelle Entscheidungen für die Bewältigung der Flüchtlingssituation zu ermöglichen. Die beteiligten Ämter – und eigentlich auch: „die Entscheider“ – werden hierfür an einen Tisch geholt.

Aus den Erfahrungen bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation und der Arbeit in der Task Force haben wir allerdings die Erkenntnis gewonnen: Wir müssen noch schneller und effektiver werden!

Es geht längst nicht mehr nur darum, eingespielte Verwaltungsabläufe einfach zu beschleunigen. Um schnell zu lösungsorientierten Ansätzen zu gelangen, müssen wir das kreative Potential des Einzelnen nutzen und dürfen es nicht durch Regeln oder Strukturen unnötig einschränken. Neue Ideen, Kreativität und Mut sind gefragt und müssen gefördert werden!

Gerade hier kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung heraus sagen: Das klassische Vorurteil von faulen und geistig unbeweglichen Beamtinnen und Beamten trifft nicht zu!

Es ist die Politik, die bei der Einrichtung von Stellen spart, weil das sogenannte „Aufblähen der Verwaltung“ nicht gerade zu taumelnder Freude in der Bevölkerung führt. Mit einem viel zu geringen Personalstand, der noch dazu dem demografischen Wandel unterliegt, sollen mehr und anspruchsvollere Aufgaben erledigt werden. Ich denke dabei momentan besonders an die Polizeibeamten, die unmittelbar vor dieser Tür in der Silvesternacht Dienst getan haben. Es waren zu wenige, und sie hatten weder die Technik, die sie brauchten, noch die Vorbereitung.

Der Hauptbahnhof ist ein besonderer Ort. An den sogenannten belebten Tagen werden dienstgruppenübergreifend 20-30 Diebstähle aufgenommen. Und wie ein Beamter der Bundespolizei heute postet: Bei Intensivtätern handelt es sich häufig um Nordafrikaner im Asylverfahren.

Wie kann ein Asylbewerber während seines Antragsverfahrens Straftaten begehen?

Gesetzlich ist eine Ausweisung nur in schwerwiegenden Fällen vorgesehen, das heißt, Straftaten, die mit Freiheitsstrafen von weniger als drei Jahren belegt sind, beeinflussen das Asylverfahren nicht! Das ist dringend zu überdenken. Aber es scheint ein bewährtes Mittel zu sein, von eigenen Fehlern abzulenken, wenn man einen Dummen finden kann.

Nur durch eine gesetzliche Verschärfung ist das nicht zu regeln. Die Regeln müssen umgesetzt werden, schnelle Verurteilung – vor dem Gericht sind alle gleich.

Weiterhin lässt sich das Vorurteil insbesondere im Zusammenhang mit den vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen durch die Flüchtlingssituation widerlegen. Denn viele sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bringen sich hochmotiviert und mit kreativem Denken ein, um die Geflüchteten in unserer Stadt unterzubringen und in unsere Gesellschaft zu integrieren. Als Beispiel möchte ich hier das freiwillige Engagement nachts an der sogenannten „Flüchtlings-Drehscheibe“ am Flughafen nennen. Auch der Wochenenddienst im eigenen Aufgabengebiet, den Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Ämtern übernehmen, gehört hierzu.

Letztendlich sind wir jedoch auf die finanzielle Unterstützung von Bund und Land angewiesen, um den Geflüchteten langfristig eine menschenwürdige Unterkunft garantieren zu können und sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Doch ist insbesondere Letzteres nicht nur eine finanzielle Frage. Sicherlich genauso wichtig ist hier die Bereitschaft der Kölnerinnen und Kölner, die Geflüchteten in ihre Mitte aufzunehmen. Ganz viele Menschen unterstützen die Flüchtlingsarbeit in unserer Stadt, indem sie sich ehrenamtlich einbringen. Ich bin stolz darauf und kann mich nicht genug dafür bedanken, dass in Köln die Zahl derjenigen täglich wächst, die sich in ihren Veedeln, Vereinen oder Kirchengemeinden zu Willkommensinitiativen zusammenschließen. Dieses Engagement stimmt mich zuversichtlich, dass wir die gesamtgesellschaftliche Aufgabe tatsächlich auch gemeinsam lösen werden. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir von der Zuständigkeitskultur zu einer Lösungskultur kommen.

Ihr Thema morgen wird sein: Politik contra Bürger. Erreicht Politik noch den Bürger? Im Sommer dieses Jahres sorgte sich Ihr Referent um eine geringe Wahlbeteiligung. Ich erinnere mich aber nicht an einen Lösungsansatz. Vielmehr daran, dass er sehr an den Parteien festhielt und kein Verständnis für eine unabhängige OB-Kandidatin hatte.

Die Kölner Wähler haben das anders gesehen. Ich bin für die Verwaltung der Meinung: Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger wird durch deren Engagement deutlich.

Politik muss transparent, ehrlich und berechenbar sein: Wenn es uns gelingt, in einem konstruktiven Austausch zu kommen, werden wir eine größere Akzeptanz für unsere Entscheidungen erreichen und das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie stärken.

Der öffentliche Dienst mit seinen vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen leistet hierzu jeden Tag einen unschätzbaren Beitrag.